



**Annalena Baerbock**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

**Heide Schinowsky**  
Mitglied des Landtages Brandenburg



Annalena Baerbock, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Frau Ministerin Diana Golze  
Herrn Minister Christian Görke  
Herrn Minister Stefan Ludwig

Vorab per Mail

Berlin, 17.07.2017

**Annalena Baerbock MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-73115

### **Offener Brief**

Sehr geehrte Frau Ministerin Golze,  
sehr geehrter Herr Minister Görke,  
sehr geehrter Herr Minister Ludwig,

wie dem aktuellen „Spiegel“ zu entnehmen ist, möchte das Wirtschaftsministerium offenbar das Brandenburger Klimaziel bis 2030 senken: Anstelle der bisher geplanten Reduktion des Kohlendioxidausstoßes um 72 Prozent im Vergleich zu 1990, soll der Ausstoß demnach nur noch um 55 Prozent gesenkt werden. Dieses Vorhaben ist nicht nur klimaschädlich, sondern steht auch im eklatanten Widerspruch zu Ihrem rot-roten Koalitionsvertrag von 2014.

Deutschland und die EU haben sich zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens bekannt, dessen Ziel es ist, die Erderwärmung auf deutlich unter 2, möglichst 1,5°C zu begrenzen. Ihr SPD-Ministerkollege Jörg Vogelsänger bekräftigte Brandenburgs Verantwortung hierbei in einer Pressemitteilung seines Ministeriums vom 02. Juni 2017, in der es u. a. heißt: „Mit der Unterzeichnung des Pariser Klimaabkommens hat sich Deutschland klar zu den globalen Klimaschutzzielen positioniert, die Brandenburg uneingeschränkt mitträgt.“

Um die Pariser Klimaziele zu erreichen, darf der gesamte deutsche Stromsektor von 2015 bis 2050 nur noch maximal 4 bis 4,2 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> ausstoßen. Wenn Brandenburg nun der schwarz-gelben Koalition von NRW folgt und seine ursprünglichen Klimaziele revidiert, würde es zu folgendem absurden Szenario kommen: Alle anderen fossilen Kraftwerke in ganz Deutschland müssten sofort stillgelegt werden, damit die CO<sub>2</sub>-Emissionen im deutschen Stromsektor unter den o. g. 4,2 Mrd. Tonnen bleiben.

Mit der Senkung der Klimaziele riskiert das Land Brandenburg auch die finanzielle Unterstützung der Bundesregierung bei der Gestaltung des Strukturwandels in der Lausitz. Diese Finanzmittel für besonders

vom Umbau der Energiewirtschaft betroffene Bundesländer sind an die Unterstützung der Klimaschutzziele der Bundesregierung geknüpft. Mit der Absenkung der Brandenburger Klimaziele würde die Einhaltung der von Deutschland in Paris gemachten Zusagen jedoch torpediert werden.

Die Linke weist in ihrem aktuellen Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2017 zu Recht darauf hin, dass es „verheerend für unsere Zukunft“ sei, wenn Deutschland seine Klimaziele verfehlt. Ihre Partei fordert, die weltweite Erderwärmung deutlich unter zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad, zu begrenzen. „Wir wollen, dass die Bundesrepublik den Ausstoß von Treibhausgasen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 verringert, bis 2030 um 60 Prozent und bis 2050 um 95 Prozent“. In Brandenburg sind Sie an der Regierung beteiligt und haben es in der Hand, das Programm auch umzusetzen.

Hiermit appellieren wir an Sie als Mitglieder des Regierungskabinetts, die Pläne zur drastischen Reduzierung der Brandenburger Klimaziele zu verhindern.

Mit freundlichen Grüßen,

Annalena Baerboch

Heide Schiewsky